

Wissenschaften der DDR, zusammen mit dem blonden Stuttgarter Interzonenkaufmann Scheible zu Wirth und überbrachte eine sowjetzonale Einladung. Der Greis fuhr in einem oststaatseigenen Pkw. von Freiburg nach Berlin.

Auf der Fahrt gab es einen leichten Unfall, bei dem Joseph Wirth sich Knie und Arm verletzte. Ursprünglich wollte er in der Westberliner Pension „Astrid“ wohnen, aber Ostberlins Oberbürgermeister Fritz Ebert schlug vor, doch lieber in ein Haus mit Fahrstuhl zu ziehen, des gebrochenen Beines wegen. Und so landete dann der alte Herr im Appartement 314 des „Johannishofes“.

Kaufmann Scheible managte den Joseph Wirth in Ostberlin, nahm Telephonanrufe entgegen und setzte Termine für Besuche fest. Er empfing die Gäste in der Hotelhalle und geleitete sie in das bescheiden eingerichtete Wirth-Zimmer. Täglich erschien Wilhelm Koenen, Alt-Kommunist und Generalsekretär der „Nationalen Front“, im „Johannishof“ und erkundigte sich nach Wirths Wohlbefinden. Er kennt ihn noch aus alten Reichstagen.

Von Berlin aus schickte Wirth vervielfältigte Briefe an den Bundestag, warnte im Geist von Rapallo vor der Ratifizierung des Schumanplans, äußerte sich grantig über Konrad Adenauer, behauptete, er verfüge in Bern über Dokumente, die, falls er sie veröffentliche, den sofortigen Sturz des Bonner Kanzlers hervorrufen würden, und verhüllte kaum seinen Neid auf den reüssierten Altersgenossen (Adenauer ist drei Jahre älter als Wirth, aber noch rüstiger): „Eine Wiedervereinigungspolitik zwischen Osten und Westen ist nur ohne Adenauers Person durchzuführen.“

Wenn man ihn auf die Gründe für seine Berlin-Reise anspricht, sagt Joseph Wirth ehrlich: „Ich wollte mal wissen, ob man nach so langem Untertauchen noch eine Stimme hat.“

Und der stellvertretende politische Sowjetberater Iljitschow versicherte vor SED-Funktionären: „Wirths Anwesenheit in Ostberlin wird auf die bürgerlichen Kreise in Westdeutschland starken Eindruck machen.“

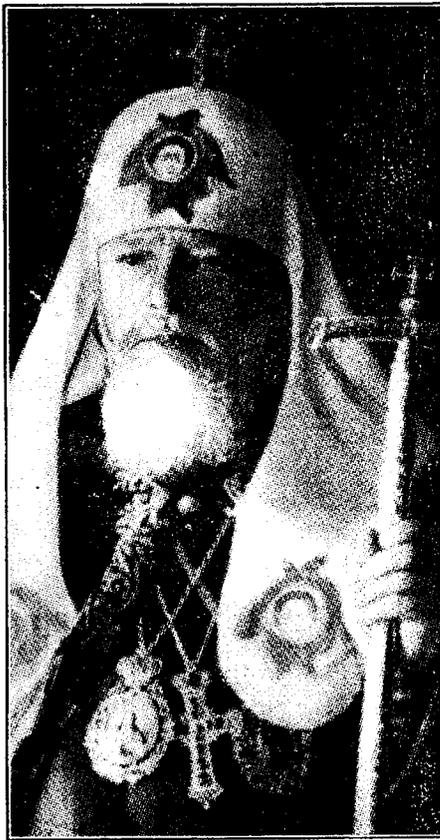
## NIEMÖLLER

### Ich gehe zu Stalin

Eine junge Dame mit dunklem Wuschelkopf und patiniertem Pelzmantel deutete liebenswürdig auf die Treppe zu dem Flugzeug, das gerade vom Frankfurter Rhein-Main-Flughafen starten wollte: „S'il vous plait! Okay, okay! Dobre, pan!“ Derart dreisprachig ließ die junge Dame, Philologiestudentin Hertha Niemöller, 24, ihrem Vater, dem Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, den Vortritt zum Start via Berlin nach Moskau. Dann stieg sie selbst hinterdrein.

Hertha, die in Niemöllers Residenz in Darmstadt, Roquetteweg 15, als „tölples Sprachgenie“ gilt, soll dem Vater in Stalins Land dolmetschen. „Sie spricht russisch, polnisch, englisch, französisch und sonst noch was, ist sehr gescheit und nimmt es an Charme mit jedem Filmstar auf“, heißt es am Roquetteweg. Das Temperament hat sie nicht nur vom Vater, sondern auch von Mutter Else, geborene Bremer, einer Rheinländerin.

Martin Niemöller glaubt, daß sich die Russen seine Unterstützung im Kampf gegen Deutschlands West-Integrierung etwas kosten lassen werden: die Freilassung von Kriegsgefangenen oder eine leichtere Lage für die Zivilarbeiter. Der



Persönlich gehaltene Einladung ...  
Gastgeber Alexej



... ohne Bezug auf kirchliche Aemter  
Russengast Niemöller

hessische Kirchenpräsident Niemöller hat schließlich mehr Möglichkeiten, Adenauer das Leben schwer zu machen, als der alte Reichskanzler a. D. Wirth, der denn auch nur bis Ost-Berlin fuhr.

So hat Niemöller nun Gelegenheit, in die Tat umzusetzen, was er schon Anfang Juli 1951 auf der zweiten Evangelischen Hochschultagung in Aachen sagte: Der Christ habe den Auftrag, seinen Feind nicht zu bekämpfen, sondern ihn zu überwinden. „Ich gehe auch zu Stalin, wenn er mich einlädt.“

Im gleichen Monat, in dem Niemöller das sagte, hatte ihm in Berlin der amtierende Exarch des Moskauer Patriarchats in West-Europa, Boris, eine Einladung zwar nicht Stalins, aber doch des Patriarchen von Moskau, Alexej, des geistlichen Leiters der russischen orthodoxen Kirche, überbracht. In dieser ganz persönlich gehaltenen Einladung war kein Bezug auf Niemöllers verschiedene kirchliche Aemter genommen\*). Niemöller sagte damals zu Exarch Boris: „Nach meinem Terminkalender bin ich bis Weihnachten völlig besetzt. Aber nach dem 27. Dezember habe ich Zeit zu einem Besuch.“ Der Berliner Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Vorsitzender des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, wurde durch Niemöller sofort von dieser Einladung unterrichtet. Die beiden sprachen noch im Juli darüber.

Ueberrascht war Otto Dibelius allerdings, als Martin Niemöller dann wirklich am 1. Januar reisen wollte. Der Kirchenpräsident war zwischen Weihnachten und Neujahr leicht erkrankt und nicht mehr dazu gekommen, Dibelius von seinem schnellen Entschluß zu verständigen. (Daß Dibelius über Niemöllers Reise an sich verstimmt gewesen sein soll, ist eine irrtümliche Meldung.) Noch am Tage vor seiner Abreise hatte Martin Niemöller eine lange theologische Besprechung mit den Präsidien der rheinischen und der westfälischen Kirche, D. Held und Wilm, und dem Göttinger Theologie-Professor Iwand, alles Männern, die aus der Bekennenden Kirche kommen.

Auf der Durchreise in Berlin sprach Niemöller dann noch einmal ausgiebig mit Otto Dibelius, wobei auch Propst D. Heinrich Eväuger, der „Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“, zuhörte.

Der Bischof Dibelius hatte hier Gelegenheit, dem Moskau-Reisenden von seinen eigenen ungunstigen Erfahrungen mit den Sowjets zu berichten. Schon im Dezember hatte er gestanden, daß es eine Zeit gegeben habe, in der die Sowjetunion wenigstens in einzelnen Fällen auf kirchliche Bitten gehört habe. Aber: „Jetzt lassen sich die Russen nicht mehr sprechen.“

Mit zu dieser Enttäuschung Otto Dibelius' hat beigetragen, daß sein Brief, den er im letzten Herbst an Josef Stalin richtete, noch nicht beantwortet worden ist. Dibelius hält sein Schreiben geheim, aber jetzt geht er wieder: „Vielleicht hat Niemöller Gelegenheit, an meinen Brief anzuknüpfen.“

Man hätte es freilich lieber gesehen, daß an Stelle von Tochter Hertha der Kirchenrat Rose als Dolmetscher mit nach Moskau gefahren wäre. Kirchenrat Rose ist Verbindungsmann der Evangelischen Kirche zu Karlshorst. Mit ihm hätte Niemöller einen Mann zur Seite gehabt, der mit den Details der Beziehungen zwischen Kirche und Sowjets ausgezeichnet vertraut ist. Aber durch die überstürzte Abreise ließ sich das nicht mehr arrangieren.

\*) Niemöller ist Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Vorsitzender des Bruderrats der Evangelischen Kirche in Deutschland und Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, der obersten Leitung der Evangelischen Kirche.

Während der hessische Kirchenpräsident nun in Moskau Gespräche führt und versucht, für deutsche Kriegsgefangene und Zivilarbeiter Erleichterungen durchzudrücken, müht sich Pfarrer Herbert Mochalski, Geschäftsführer des Bruderrats der EKD, Niemöllers Helfer in Darmstadt, vergeblich, die Flut der bissigen Kommentare über seinen ostreisenden Chef zu parieren: „Wenn uns schon nicht Mitgefühl mit dem Los der Deutschen treibt, die noch in russischer Hand sind, so sollten wir dann doch wenigstens klug genug sein, den Pastor mit allen guten Wünschen zu begleiten, statt mit unserem Geschwätz von böartigen Vermutungen\*) alle Türen, die sich öffnen könnten, auf täppischste Weise vor der Nase zuzuschlagen.“

Gerade als Niemöller und Tochter von Berlin aus nach Moskau gestartet waren, traf von dort kommend der anglikanische Bischof von Fulham, Reverend Ingle, in Berlin ein. (Er sprach anschließend mit Dibelius). Der Bischof von Fulham gehört zu den Auslandsbischöfen der anglikanischen Kirche (Martin Niemöller ist Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche). Reverend Ingle hatte sich in Ost-Europa, vor allem in der Sowjetunion, um die Mitglieder seiner Kirche gekümmert, so wie es Martin Niemöller jetzt unter anderem auch tat.

Niemand ist indessen auf den Gedanken gekommen, den Reverend Ingle wegen dieser seiner Reise nun etwa kommunistischer Gesinnung zu verdächtigen.

## GESAMTDEUTSCHE WAHLEN

### Welche Stimmen gültig sind

Die badische Pathetik Alt-Reichskanzler Wirths und das Bekenner-Organ Kirchenpräsident Niemöllers vereinten sich letzte Woche mit dem sächsischen Genuschel Walter Ulbrichts, das er vor der sowjetzonalen Kommission zur Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes von sich gab, zum Dreiklang, der die sowjetische Propaganda-Offensive für 1952 einleitete.

Die Sowjetzonenwahlkommission, vor der Walter Ulbricht eine Schlußrede hielt, war am 26. November 1951 zum erstenmal zusammengetreten. Schon damals hieß es, man werde das Wahlgesetz der Weimarer Republik vom 6. März 1924 zur Grundlage der Arbeit machen. In der Tat folgt der Sowjetzonenentwurf weitgehend dem Weimarer Gesetz, bis auf einige Änderungen. Wählen kann man nicht erst mit 20 (Weimar), sondern schon mit 18 Jahren, und gewählt werden nicht erst mit 25, sondern schon mit 21 Jahren.

Die Wahlkreise von 1924 freilich konnte Walter Ulbrichts Kommission aus dem sonst von ihm gepriesenen Gesetz nicht mehr übernehmen. Wahlkreisnamen wie Ostpreußen, Pommern, Breslau, Liegnitz und Oppeln sind in Sowjet-Deutschland längst offiziell ausgerottet. Neue Wahlkreise sollen die Länder werden, und an die Stelle des Weimarer Reichswahlleiters und der Kreiswahlleiter treten bei Walter Ulbricht ein zentraler Ausschuss, der in gesamtdeutschen Beratungen gebildet werden soll, und Kreiswahlausschüsse „aus Vertretern der zugelassenen Parteien, Organisationen und Vereinigungen“.

In das Kommuniké zu seinem Wahlgesetz hat Walter Ulbricht zum Teil die Präambel des Bonner Grundgesetzes übernommen, ohne sie zu zitieren:

● Aus der Präambel des Bonner Grundgesetzes: „Das gesamte deutsche Volk

\*) Kanzler Adenauer: „Ich finde es tief bedauerlich, daß ein Deutscher in der Person des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller seiner Regierung auf diese Weise und zu diesem Zeitpunkt in den Rücken fällt.“

bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

● Aus Ulbrichts Wahlgesetz-Kommuniké: „Angesichts dieses verfassungswidrigen Verhaltens Dr. Adenauers und einer kleinen mit ihm verbundenen



In Stalins Land dolmetschen  
Niemöller-Tochter Hertha, 24

Clique bleibt das gesamte deutsche Volk aufgefordert, den Zusammentritt der gesamtdeutschen Beratung und die Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung zu erzwingen, um in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Der entscheidende Unterschied zum gesamtdeutschen Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung, der dem Bundestag immer noch nicht vorgelegt worden ist,

liegt in der Bestimmung über die Wahlkreiseinteilung Gesamtdeutschlands\*):

Bonn: Das Gebiet der Wahl bildet einen einheitlichen Wahlkreis, jede Partei reicht einen Wahlvorschlag für das gesamte Wahlgebiet ein.

Pankow: Für jeden Wahlkreis, der mit den einzelnen Ländern zusammenfällt, sowie für Groß-Berlin wird ein Kreiswahlausschuß gebildet . . .

Zu deutsch: Geht es nach dem Bonner Entwurf, so können die Wähler in Leipzig, Halle und Schwerin Kandidaten einer Partei wählen, die im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone noch nie bestanden hat. Denn es gibt ja von jeder Partei für das gesamte Wahlgebiet nur einen Wahlvorschlag.

Geht es nach Walter Ulbrichts Kommission in Pankow, dann müssen in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone die Wahlvorschläge an die Wahlausschüsse der Länder eingereicht werden, in denen die Vertreter der „Parteien, Organisationen und Vereinigungen“ sitzen.

Die nicht-kommunistischen Parteien sollen vermutlich je einen Vertreter bekommen. Die kommunistische Hydra aber wird versuchen, auch noch für die „Gegenseitige Bauernhilfe“, den „Demokratischen Frauenbund“, die „Freie Deutsche Jugend“, den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“, die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“, die „National-Demokratische Partei“ und andere sowjetzonale SED-abhängige Organisationen Vertreter in die Kreiswahlausschüsse der Sowjetzonenländer zu schicken. Diese Ausschüsse fassen ihre Beschlüsse dann mit Mehrheit, zählen die Stimmen nach der Wahl und stellen fest, welche gültig sind und welche nicht.

Kommt dazu in der Sowjetzone die entsprechende psychologische Wahlbeeinflussung, wie sie schon bei der Volkskammerwahl im Oktober 1950 praktiziert wurde, so ist den Kommunisten und ihren Trabanten ein etwas breiterer Streifen Bänke der gesamtdeutschen Nationalversammlung sicher, als man in Westdeutschland errechnet hat. Selbst bei Anwendung eines formal-demokratisch so gut beleumdeten Wahlgesetzes hat der alte Fuchs Ulbricht mit seiner Kommission noch einen Weg gefunden, um im Ernstfall wenigstens einige seiner im gesamtdeutschen Strom wegschwimmenden Felle retten zu können.

## AFFÄREN

### Der Fluch des Krotofil

Jetzt klabut Handelsvertreter Johann Krotofil, 41, in einer Kleinstzeche am Rande Westfalens die mageren Kohlenbrocken aus der Erde, anstatt mit dem Musterkoffer über Land zu ziehen.

Hier, in der Umgegend von Ibbenbüren, fühlt er sich sicherer als in Osnabrück, das er vor Wochen unabgemeldet verließ. Wo 1648 nach dreißig Kriegsjahren Frieden geschlossen wurde, wütete ein böser Privatkrieg.

Krotofil hatte ihn zunächst seiner acht Jahre älteren stattlichen Ehehälfte erklärt, etwas später auch dem gemeinsamen Hausfreund, SPD-Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten Heinrich Herlitzius, 63, dem er vor seinem Auszug über die Ems wütend androhte: „Dich werde ich noch stürzen.“

Der Oberbürgermeister ist inzwischen gestürzt worden. Herlitzius, im Erwerbsberuf Maschinensetzer in einer Osnabrücker Zeitungsdruckerei, mußte trotz mancherlei Sympathien bei den 110 000

\*) Die eigenmächtigen Auflagen, die der Bonner Regierungsentwurf des Wahlgesetzes dadurch machen will, daß er die Gliederung des deutschen Gebietes in Länder schon vor Zusammentritt der Nationalversammlung präjudiziert, hat kaum Chancen, den Bundestag zu passieren (vergl. SPIEGEL Nr. 45/51).